

„Die Kriegspläne der Zukunft schon durchkreuzt“

Friedensbewegung und BefürworterInnen anderer Globalisierung beraten

Von Thomas Roithner

Die Regierung unter George W. Bush hat den Krieg gegen den Irak offiziell für beendet erklärt. Über den Bruch des Völkerrechts oder Kriegsgründe will in der von den USA angeführten „Allianz der Willigen“ niemand mehr sprechen. Auch dieser Krieg soll, wie jener gegen Jugoslawien oder Afghanistan, wieder rasch aus der Erinnerung einer sensibilisierten Öffentlichkeit verschwinden. Der internationale Aktionstag gegen den Irak-Krieg am 15. Februar – weltweit waren rund 15 Millionen Menschen gegen die US-Kriegspläne auf den Straßen – war ein erstes Anzeichen für einen globalen und ernstzunehmenden Widerstand gegen eine neoliberale und militärische Neuordnung des Globus. Dieser Widerstand beginnt kontinuierlich zu wachsen, entwickelt Strukturen und wird als „neue Friedensbewegung“ zum weltpolitischen Faktor.

Um gegen den militärischen und neoliberalen Zeitgeist aufzustehen, die weltpolitische Lage zu erörtern und um neue gemeinsame Anläufe zu koordinieren, fand von 1. – 4. Mai in Berlin der Kongress „Kultur des Friedens“ statt. Eingeladen haben die „Internationalen ÄrztInnen gegen Krieg und Atomgefahren“ (IPPNW), die 1985 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurden. Dieser Kongress zählt neben dem traditionellen jährlich stattfindenden Kasseler Friedensratschlag zu den wichtigsten Treffpunkten kriegskritischer politischer AktivistInnen, JournalistInnen und politischen EntscheidungsträgerInnen.

Neue Allianzen für den Frieden

Zivilgesellschaftliches Engagement gegen den Krieg verfügt heute – im Vergleich zur Blüte der Friedensbewegung der 80er Jahre – über veränderte Strukturen, Arbeitsweisen und AkteurInnen. Das Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre ist inzwischen zu einem Treffpunkt Hunderttausender BefürworterInnen einer anderen Globalisierung geworden. Anlässlich des Europäischen Sozialforums in Florenz im letzten Herbst – bei dem auch rund 1 Million Menschen gegen den drohenden Krieg protestierten – wurde der weltweite Aktionstag gegen den Krieg beschlossen. Spätestens seit diesem Tag – dem 15.2. – sind jene Regierungen, die entgegen den Willen ihrer Bevölkerung Kriege führen und unterstützen, auf ernstgemeinte und weltweit vernetzte GegnerInnen gestoßen. Die globalisierungskritische Bewegung zeigt die Zusammenhänge von Neoliberalismus, sozialen Verwerfungen, globalen Weltwirtschaftsstrukturen und Kriegen neoimperialen Zuschnitts auf.

Der Psychotherapeut und Gründer der IPPNW Deutschland Horst-Eberhard Richter sieht im Hinblick auf den Irak-Krieg einen „Rückfall in die Primitivität einer vergangenen geglaubten Zivilisationsstufe“, womit ein Übergang vom Völkerrecht zum Faustrecht gemeint ist. Große Hoffnung schöpft Richter aber aus den unterschiedlichen Zugängen, die den weltweiten Widerstand ausmachen: das sind neben den globalisierungskritischen Netzwerken besonders Gewerkschaften, Kirchen, Umweltorganisationen, Bewegungen für soziale Rechte, antirassistische Initiativen, Eine-Welt-Initiativen, die feministische Bewegung, Parteien, Kunst- und Kulturschaffende, Jugend- und StudentInnenorganisationen etc. Der massive Protest

gegen den Irak-Krieg erfolgte zum richtigen Zeitpunkt und hat damit viele Menschen eingebunden, die sonst zu den raren Gästen von Veranstaltungen und Kundgebungen der Friedensbewegung zählen. Richter betont die große Chance, dass breiteste Mehrheiten die tatsächlichen Gründe für den Krieg erkannt haben, die vorgegebenen Argumente zurückwiesen und weltweit ihre Wut, Verzweiflung, Ablehnung und ihren Widerstand kundgetan haben. Die indische Physikerin und Agrarwissenschaftlerin Vandana Shiva – eine der schillerndsten Figuren der Bewegung – brachte die gegenwärtigen Bemühungen der Friedensbewegung auf den Punkt: „Die sozialen Bewegungen in aller Welt – von der Friedensbewegung über die Frauenbewegung bis zur Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung – müssen sich vernetzen, denn ohne diese Bewegung ändert keine Regierung der Welt etwas.“

Irakkrieg – Schuld und Verantwortung

Die Vereinten Nationen und ihre WaffeninspektorInnen wurden sowohl von zivilgesellschaftlichen Initiativen als auch von den kriegsablehnenden Regierungen als Alternative zur völkerrechtswidrigen Aggression gegen den Irak genannt. Positiv wurden von der neuen Anti-Kriegsbewegung die vielfältigen Formen des Protests bilanziert. Neben den vielen traditionellen zentral und regional organisierten Demonstrationen, Mahnwachen, Friedensgebeten und Schweigemärschen wurden menschliche Schutzschilder in den Irak entsandt, auf juristischer Ebene Strafanzeigen gegen kriegsunterstützende Regierungen eingebracht, Aufrufe an SoldatInnen zur Verweigerung am Krieg veröffentlicht, Sitzblockaden vor Parteizentralen und US-Einrichtungen organisiert oder Hilfseinrichtungen beim Bruch des von den USA betriebenen UN-Embargos unterstützt. Diese unterschiedlichen Formen – so die Bilanz – hat es breitesten Bevölkerungsgruppen ermöglicht, sich am internationalen Widerstand zu beteiligen. „Wir können das eine alternative Völkergemeinschaft nennen“, so der Psychotherapeut Horst-Eberhard Richter.

Der ehemalige stellvertretende UN-Generalsekretär und ehemalige Leiter des UN-Hilfsprogramms im Irak Hans Graf von Sponeck führt angesichts der jahrelangen Sanktionspolitik und der humanitären Lage im Irak aus, dass „jeder im Sicherheitsrat, der um den Schaden weiß, auch dafür verantwortlich ist.“ Der ehemalige Diplomat hat den Irak vielfach bereist und hat aus Protest zur dortigen Lage seine Ämter zurückgelegt. Heute präzisiert er: „Die Regierungen im UN-Sicherheitsrat sind schuldig daran, was geschehen ist.“ Sehr emotionale Kritik äußert Hans von Sponeck an der „Achse der Falschinformation“ über den Irak, die seit 1990 bis heute aufgebaut wurde. Mit unterschlagenen und gefälschten Dokumenten, behinderter UN-Arbeit sowie unbewiesenen und haarsträubenden Vorwürfen wurde das Klima für einen Krieg aufbereitet. Sponeck wirft die Frage auf, wie man Regierung und Medien zur Verantwortung ziehen kann, die bewusst Falschinformationen verbreiten. Der Hamburger Völkerrechtler Norman Paech stößt angesichts seiner Ausführungen über die Reformvorschläge internationaler Organisationen eine Denkmöglichkeit an: Auch zivilgesellschaftliche Akteure sollen vor dem Gerichtshof Anklagemöglichkeiten vorfinden.

Weltordnung gefährdet

Nicht erst seit dem Krieg gegen den Irak betreiben die USA die politische und finanzielle Aushöhlung der UNO und des Völkerrechts. Mit der Doktrin des „Präventivkriegs“, der völkerrechtswidrigen Drohung mit Atomwaffen gegen Nicht-Nuklearwaffenstaaten, der Nennung von Zielländern militärischer Interventionen in der „Nuclear Posture Review“, der Verweigerung des Strafgerichtshofes, der

Kündigung des ABM-Vertrages (Anti Ballistic Missile) oder der Nichtratifizierung des nuklearen Teststoppvertrages setzen die USA ihre Politik des Unilateralismus fort. Die Veränderungen der internationalen Beziehungen seit 1989 zeigen sehr deutlich, dass seit dem Ende der bipolaren Weltordnung politisch undenkbar Kriege nun durchführbar sind. Horst-Eberhard Richter sieht die „Völkerrechtswidrigkeit als nächsten Schritt zur praktischen Entmachtung der Weltorganisation und zum ungenierten Ausleben egoistischer Machtwillkür.“ Bushs Kriegspolitik setzt, so der IPPNW-Gründer weiter, „psychopathologische Maßstäbe“. Der Völkerrechtler Norman Paech stellt wissenschaftlich außer Streit, dass dieser Krieg – wie der Kosovo-Krieg der NATO 1999 – völkerrechtswidrig war. Der Jurist bilanziert: „Wer die UNO demontiert, setzt nur auf Gewalt und wird im Chaos enden.“ Paech wie auch der Frankfurter Friedensforscher Ernst-Otto Czempel führen aus, dass der Irak-Krieg – wie die Doktrin des Militärpakts NATO aus dem Jahre 1999 zeigt – nicht der letzte Krieg um Rohstoffe und geopolitische Interessen gewesen sein wird.

Für den UNO-Experten und Journalisten Andreas Zumach ist die US-Dominanz in allen Sphären deutlich spürbar. Dies ist nicht nur im Bereich der Rüstungs- und Waffentechnologie, sondern auch im „privilegierten Umgang mit Massenvernichtungswaffen“, der Überlegenheit im Umgang mit der Propaganda und der Beherrschung von Medien und Sprache augenscheinlich. Begleitet wird diese Entwicklung von einem offensiven Militärinterventionismus und einem rasant steigenden Militärbudget (bis ins Jahr 2007 rund 469 Mrd. US\$). Der mit zahlreichen Preisen für kritischen Journalismus ausgezeichnete Andreas Zumach stellt aber auch fest, dass mit der Schaffung einer EU-Interventionstruppe, die weltweit künftig u.a. Kampfeinsätze mit möglicherweise ungeklärtem völkerrechtlichem Mandat durchführen soll, auch die EU politisch gewillt ist, sich dem Dominanzstreben der USA anzuschließen.

Ein Erfolg der heutigen Bewegung liegt u.a. darin, dass sich die Zusammenhänge von Ökonomie und Krieg in den Diskursen politischer Kräfte verschiedenster Orientierungen wiederfinden. „Wir haben die Kriegspläne der Zukunft schon durchkreuzt“, so Christoph Bautz, ein Sprecher des globalisierungskritischen Netzwerkes ATTAC. Die indische Ökologin Vandana Shiva sieht die Anknüpfungspunkte für Alternativen zur neoliberalen Globalisierung und der damit im Zusammenhang stehenden globalen Militärordnung in einer Regionalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft.

Kirche muss immer politisch sein

Christian Führer, Pfarrer der St. Nicolai-Kirche in Leipzig und Initiator der Montags-Demonstrationen, prägt seit Jahrzehnten das politische Engagement der Kirche. „Wenn man zu den Zuständen der Zeit nichts sagt, ist man eminent politisch: Man stützt nämlich den Status quo der Gesellschaft.“ Der Friedenspfarrer meint: „Ich habe von Jesus zwei Dinge gelernt: sich einmischen und sich verweigern.“ Die äußerst kritischen Worte von Papst Johannes Paul II haben in die Kirche Bewegung gebracht. Kirchen – so auch am internationalen Aktionstag gegen den Krieg im Wiener Stephansdom – stehen für alle Menschen offen. Offen sind diese insbesondere aber auch, so Führer, um aus der Kirche heraus auf die Straße zu gehen.

Medien und Krieg

„Dass die Wahrheit das erste Opfer des Krieges sei, ist eine halbe Wahrheit. Und damit eine Lüge. Die Wahrheit wird vor dem Krieg schon so weit beschädigt, um den Krieg zu rechtfertigen“, so der ehemalige Brigadegeneral und ehemalige Leiter der OSZE-Mission im Kosovo Heinz Loquai. Medienkrieg ist heute ein integraler Bestandteil der Gesamtkriegführung. Die Medien können als Sprachrohr der kriegführenden Regierung dienen oder eigene Inhalte schaffen und sich zum Anwalt einer wahrheitsgerechten Berichterstattung machen. „Die Erfahrung zeigt“, so Loquai nach den Analysen des Kosovo-, Afghanistan- und Irak-Kriegs, „dass der Großteil der Medien ihre Rolle als ‚vierte Gewalt‘ nicht ausfüllen.“ Durch teils falsche Berichte über Gräueltaten (z.B. Brutkasten-Story in Kuwait, Massaker von Racak in Jugoslawien) übernehmen Medien gemeinsam mit der Politik die Enttabuisierung von Kriegen und verstärken den Zwang zu militärischen Interventionen. Alternative Lösungen werden in dieser Phase vielfach diffamiert, Gefahren oftmals dramatisiert, die Feinde bestialisiert und die eigenen Führer glorifiziert. Der Träger des IPPNW-Friedenspreises Heinz Loquai hebt andererseits die körperlichen und psychischen Repressionen gegenüber jenen JournalistInnen hervor, die sich der Wahrheitsfindung und der Entlarvung von Propaganda verschrieben haben.

Das Austrian Social Forum, welches nach dem Vorbild von Porto Alegre und Florenz zu arbeiten begonnen hat, wird vom 29. Mai – 1. Juni in Hallein zu inhaltlichen und aktionsorientierten Beratungen zusammentreffen. Die Strukturen für eine neue friedenspolitische, ökonomische, soziale und ökologische Ausrichtung sind von allen gestaltbar.

Webtipps:

<http://www.socialforum.at>

<http://www.friedensratschlag.de>

<http://www.ippnw.de>

<http://www.friedensnetzwerk.at>

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung, Burg Schlaining

Quelle: Wiener Zeitung, Montag, 2. Juni 2003, Seite 3, <http://www.wienerzeitung.at>